

Zwischenruf
zur Debatte über den israelischen Militäreinsatz
gegen den Gaza-Hilfskonvoi

Die militärische Antwort Israels auf die Protestaktion des „Free Gaza Movement“ hat weltweit spontane Betroffenheit und Empörung ausgelöst. Jedes zivile Opfer einer Militäraktion ist – unabhängig von der völkerrechtlichen Bewertung des Vorgehens – ein Opfer zu viel. Der tatsächliche Ablauf am 31. Mai wird jedoch von den Beteiligten sehr unterschiedlich dargestellt und bewertet. Die Kontroverse der letzten Tage hat auch antisemitische Ressentiments an die Oberfläche gespült. Die jüdischen Gemeinden berichten von vermehrten Morddrohungen. Die weithin von Vorverurteilungen geprägte Debatte erfordert einen Zwischenruf, einen Aufruf zu Objektivität und Besonnenheit.

Nötig ist jetzt eine differenzierte Bewertung, die zwischen berechtigter Kritik und pauschaler Verurteilung unterscheidet und die tragischen Ereignisse vom 31. Mai in ihren politischen Zusammenhang stellt. Dazu wollen wir einen Beitrag leisten.

1. Was passiert ist.

Unstrittig ist, daß neun Menschen getötet und noch mehr Personen verletzt wurden, darunter auch israelische Soldaten. Als die Schiffe von israelischen Soldaten geentert wurden, befanden sich diese rund 70 Seemeilen vor der Küste, größtenteils unter türkischer Flagge. Ein Angebot Israels, die Hilfsgüter über den Landweg in den Gazastreifen zu lassen, war zuvor abgelehnt worden. Erklärtes Ziel von „Free Gaza“ ist es, die Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen. Auf der türkischen „Marmara“, dem größten Schiff der Flottille, befanden sich auch militante Aktivisten. Nach israelischer Darstellung wurden Soldaten, die sich von Hubschraubern abseilten, mit Knüppeln und Eisenstangen angegriffen.

Die türkische Hürriyet veröffentlichte Fotos, die blutende israelische Soldaten in der Gewalt von Militanten zeigen. Alle von den Israelis festgenommenen Passagiere wurden mittlerweile freigelassen. Umstritten ist zwischen den Beteiligten, ob und welche Waffen auf den Schiffen vorhanden waren. Umstritten ist auch, ob die tödlichen Schüsse eine Reaktion auf die gewalttätigen Angriffe gegen die Soldaten waren oder ob ohne Not das Feuer auf unbewaffnete Zivilisten eröffnet wurde.

2. Für eine differenzierte Positionsbestimmung

Auch wir waren entsetzt über die Toten auf der „Marmara“ und kritisieren das Vorgehen des israelischen Militärs. Es hat einen hohen Blutzoll gekostet und Israel international ins Unrecht gesetzt. Vor einer abschließenden Bewertung sind jedoch eine Reihe offener Fragen zu klären. Umstritten ist, ob die Militäraktion als Teil eines anhaltenden bewaffneten Konfliktes zwischen Israel und der Hamas zu werten ist, der es grundsätzlich erlaubt, zivile Blockadebrecher auch in internationalen Gewässern zu stoppen, zu durchsuchen, und Fracht zu beschlagnahmen, oder ob sie einen Bruch des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen darstellt. Umstritten ist auch, ob der Einsatz von Schusswaffen durch die israelischen Soldaten als „Selbstverteidigung“ bezeichnet werden kann. Die Bewertung hängt davon ab, was sich tatsächlich an Bord abgespielt hat und wie glaubwürdig die Parteien zur weiteren Aufklärung beitragen. Umstritten ist ferner, ob die Gaza-Flottille nichts als eine humanitäre Hilfsaktion war oder ob ein Teil der Aktivisten es auf eine Zuspitzung anlegte, bei der Hamas so oder so als Gewinner dastehen würde. Solange der Vorfall nicht durch eine wirklich unabhängige Untersuchungskommission aufgearbeitet wurde, lehnen wir jede Vorverurteilung oder einseitige Festlegung in diesen Fragen ab.

Wie alle internationalen Konflikte hat auch dieser tragische Vorfall eine Vorgeschichte. Dabei geht es nicht um wenige unerschrockene Aktivisten gegen Israel und seine Armee, David gegen Goliath, sondern um den Konflikt zwischen Israel und der Hamas. Die israelische Blockade des Gazastreifens (die sich allerdings nicht auf Lebensmittellieferungen und andere rein humanitäre Hilfslieferungen erstreckt) besteht seit der gewaltsamen Machtübernahme von Hamas im Juni 2007. Die Blockade konnte die massiven Raketenangriffe auf israelische Siedlungen und Städte nicht verhindern.

Die darauf folgende israelische Militäroffensive zur Jahreswende 2008/2009 hat das Leben zahlreicher Unschuldiger gekostet. Der „Goldstone-Report“ kritisierte Israel dafür, aber auch die Hamas. Die Blockade konnte auch nicht zur Freilassung des seit 2006 entführten israelischen Soldaten Gilad Shalit beitragen. Sie verstärkt vielmehr die Verarmung eines Großteils der Bevölkerung, hat die palästinensische Mittelschicht im Gazastreifen zerstört und die Vorherrschaft der Hamas eher gestärkt. Eine Blockade, die in erster Linie die Zivilbevölkerung im Gaza trifft, ist weder moralisch zu rechtfertigen noch ist sie politisch effektiv, im Gegenteil.

Zugleich hat Israel hat berechtigte Sicherheitsinteressen, die in der deutschen Debatte zunehmend in den Hintergrund treten. Seit der Machtübernahme der Hamas wurden Tausende Kasse-Raketen aus Gaza auf Israels Territorium und seine Zivilbevölkerung geschossen. Dagegen artikuliert sich in Deutschland kaum mehr als laue Kritik. Auch die gewaltsame Machtergreifung der Hamas im Gazastreifen, bei der mehr als hundert Menschen ums Leben kamen, wurde hierzulande eher aschselzuckend registriert. Dagegen führen Gewaltakte Israels regelmäßig zu heftigen Protesten und hitzigen Verurteilungen. Uns besorgt diese Schieflage in der öffentlichen Wahrnehmung.

In der außenpolitischen Debatte wird im Namen der Realpolitik immer wieder die Forderung erhoben, die Hamas ohne Vorbedingungen als Gesprächspartner zu akzeptieren, obwohl sie darauf ist, den israelischen Staat zu zerstören, der von der Hamas als „das zionistische Gebilde“ tituiert wird, ganz zu schweigen von wüsten antisemitischen Tiraden führender Hamas-Ideologen. Man erwartet sich von einem solchen politischen Prozess eine Zivilisierung der Hamas und die Chance für einen breiter getragenen Verständigungsprozess. Dagegen werden gegenüber Israel immer wieder voluntaristische Forderungen erhoben, die einen vergleichbaren Realitätssinn vermissen lassen.

Wer aus humanitären Gründen völlig zu Recht die Aufgabe der Blockade des Gazastreifens fordert, muss Israel zugleich ein politisches Angebot machen, wie Waffenlieferungen in den Gazastreifen auf anderem Weg unterbunden werden können. Auch sollte man nicht übersehen, dass der Vorfall, den die jetzige israelische Regierung zu verantworten hat, auch in Israel Empörung und heftige Kritik ausgelöst hat. Boykottaufrufe gegenüber Israel sind weder gerechtfertigt noch werden sie seine Kompromissbereitschaft gegenüber den Palästinensern befördern. Ebenso sehen wir mit Sorge Übergriffe auf Nichtregierungsorganisationen in Gaza. Es besteht die begründete Gefahr einer weiteren Eskalation der Gewalt.

3. Was jetzt geschehen muss

Die Bundesregierung und die internationale Gemeinschaft müssen jetzt alles dafür tun, damit dieser Konflikt de-eskaliert wird und sich nicht noch auf weitere Parteien in der Region ausweitet. Die sich abzeichnende Spirale der Gewalt, ausgelöst durch Provokationen und durch militärische Logik, kann nur durchbrochen werden, wenn es gelingt, den aktuellen Vorfall aufzuklären und den Primat der Politik zwischen den eigentlichen Konfliktparteien wieder herzustellen. Damit dies gelingen kann, fordern wir beide Konfliktparteien auf, dafür Sorge zu tragen dass

- eine internationale unabhängige Untersuchungskommission die Umstände des Vorfalles am 31. Mai untersuchen kann
- Raketenangriffe vom Territorium der Hamas auf israelischen Boden beendet werden
- keine weiteren israelischen Militäraktionen als Vergeltungsmaßnahme erfolgen
- die israelische Blockade gegenüber Gaza beendet und durch ein Grenzkontrollregime ersetzt wird, das wirtschaftlichen Aufbau und ziviles Leben im Gazastreifen ermöglicht und zugleich die weitere Einfuhr von Waffen in den Gazastreifen zuverlässig unterbindet
- es als Ergebnis von Friedensverhandlungen endlich zur Gründung eines selbständigen palästinensischen Staates mit gewählter demokratischer Regierung kommt
- das Existenzrecht Israels endlich von der Hamas anerkannt wird.

Jerzy Montag, Volker Beck, Marieluise Beck MdB

Helga Trüpel MdEP

Ralf Fücks

Berlin-Brüssel – 7.6.2010